

## Der Putschversuch erschüttert die Wirtschaft

Die philippinische Regierung hat den sechsten Putschversuch vom Dezember '89 zwar überstanden, die Folgen für das Land und seine Wirtschaft sind aber noch nicht absehbar. Ironischerweise hatten sich die Putschisten am längsten in Makati, dem Finanzzentrum von Manila gehalten, wobei die dort konzentrierten in- und ausländischen Banken und Hotels Ziel und Ort der bewaffneten Auseinandersetzung waren. Die sichtbaren Schäden an den Gebäuden stehen für das erschütterte Vertrauen vor allem der ausländischen Interessenten, was der Wirtschaft des Landes schwer zu schaffen macht. Bereits vor dem Putschversuch gab es Anzeichen dafür, daß die vorgegebenen Zieldaten für die Wirtschaft 1989 und erst recht in 1990 nicht zu realisieren sind. Nach 3 Jahren nomineller Expansion, während der zahlreiche ausländische Investoren ins Land gelockt wurden, ist für 1989 mit steigender Inflation (13,4 %) zunehmendem Handelsdefizit (ca. 2 Mrd. US\$), sowie rückläufiger Wachstumstendenz für das BSP (5,6 % gegen erwarteten 7,5%) zu rechnen.

Die vom BOI (Board of Investment) für 1990 genannten Zieldaten sind bereits nach unten korrigiert worden. Dabei muß der gescheiterte Putschversuch als Erklärungsansatz für die negative Wirtschaftsentwicklung herhalten. Alle entscheidenden Stellen bemühen sich zu versichern, daß keine mittel- oder langfristigen Auswirkungen des Putschversuchs zu erwarten sind. Es gibt weiterhin stabile Verhältnisse, d.h. "normale" Entwicklung der Börsenkurse, des Peso/US\$-Wechselkurses und der Zinsen als Schlüsselindikatoren für das Vertrauen in Wirtschaft und Politik des Landes. Das Handelsministerium verkündet, daß ausländische Investoren ihre Investitionspläne bestätigen, gleichzeitig aber fordert Taiwan, in 1989 einer der größten ausländischen Investoren, eine bessere gesetzliche Absicherung zum Schutz der Investitionen in den Philippinen.

Die einheimische Wirtschaft

demonstriert Vertrauen in die Aquino-Regierung, um keine Verluste der seit 1988 florierenden Profite zu erleiden. Es wird sozusagen gerettet, was zu retten ist. Hilfreich ist dabei die Tendenz, nicht nur zentral, d.h. im Raum Manila, zu investieren, sondern auch andere Regionen zu erschließen. Dabei stehen besonders Cebu und Mactan Island im Vordergrund. Aber auch gerade dort hat die neuntägige Besetzung des Mactan-Flughafens durch Putschisten für Irritationen vor allem bei den ausländischen Investoren in der Export-Enklave (Export Processing Zone) gesorgt.

vgl. FEER v. 14.12.89 u. 11.1.90; IBON v. 15. u. 31.1.90; PND v. 8.1.90; SOUTH v. Feb. '90; AW v. 15.12.89

## Umbildung des Kabinetts: alte Politik mit neuen Leuten

Präsidentin Aquino hat zu Beginn des neuen Jahres ihr Kabinetts ("ihre amtliche Familie") umgebildet. Folgende neue Mitglieder wurden ernannt: Oscar Orbos (Verkehr und Kommunikation), Florencio Abad (Landreform), Senen Bacani (Landwirtschaft), Isidro Carino (Erziehung), Tomas Gomez (Presse), Jose Cuisia (Zentralbank) und Mariano Adalem (Geheimdienste). Vier Leute kommen aus der Wirtschaft, zwei aus dem Repräsentantenhaus, einer ist General im Ruhestand. Entsprechend sind die Reaktionen in der Öffentlichkeit: Der Präsident der phil. Industrie- und Handelskammer begrüßt die Wahl der Wirtschaftsexperten. Die progressive Lehrerallianz (ACT) hält Carino für noch konservativer als seine Vorgängerin. Lediglich mit der Wahl von Florencio Abads verbinden sich begründete Hoffnungen auf einen stärkeren Einsatz zur Durchsetzung der Landreform (KMP - phil. Bauernbewegung). Die generelle Einschätzung ist jedoch, daß diese Maßnahme zu spät kommt, eher kosmetisch ist, da durchgreifende Veränderungen nur durch eine koordinierte Aktion aller Kräfte "von unten" möglich ist.

vgl. FEER v. 11.1.90; PND v. 22.1.90; NM v. 17. u. 24.1.90; FR v. 2.1.90

## Große Bauern-Koalition für Landreform

Bei einem ersten Treffen mit dem neuen Minister für Landreform, Florencio Abad, hat der "Kongreß für eine Landreform des Volkes" (CPAR), eine breite Koalition von Bauernverbänden, erklärt, daß er keine Illusionen über eine echte Landreform unter den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen habe. Damit brachte CPAR Kritik am "umfassenden Landreformprogramm" (CARP) der Regierung Aquino zum Ausdruck. Abad hat eingeräumt, daß das Programm nicht adäquat ist. Er will aber versuchen, das Beste herauszuholen. Außerdem könne nicht alles von der Regierung erwartet werden, sondern alle Beteiligten müßten über eine Umsetzung ins Gespräch treten. Das Programm solle zunächst auf weniger umstrittenes Land konzentriert werden. Für brachliegendes Land könne es sofort Landtitel geben, die auch kollektiv an Bauerngruppen vergeben werden könnten, um die Verteilung zu beschleunigen. Diese Ankündigungen wurden von CPAR zwar befürwortet, gleichzeitig wurde aber klargestellt, daß man auf der Berücksichtigung und Umsetzung des 10-Punkte-Plans besteht. In diesem Plan wird beispielsweise gefordert, das Abkommen zwischen Abads Amtsvorgängerin Miriam Santiago und dem Verteidigungsministerium zurückzunehmen und die Bauern nicht mehr gewaltsam von besetztem Land zu vertreiben. Außerdem soll die Bestimmung wegfallen, vor Versammlungen und Demonstrationen für Landreform die Erlaubnis des Militärs einholen zu müssen.

Weitere Forderungen sind:

- voller Schutz für alle Bauernorganisationen
- umfassende Reform der Fischerei und Wasserwirtschaft
- Anerkennung der Rechte von Bäuerinnen
- Stützung des Reispreises, Rücknahme der Preiserhöhung für Dünger und Pestizide
- Rücknahme der Ölpreiserhöhung vom Dezember
- kontinuierlicher Dialog mit

den Bauernorganisationen - Gewährleistung effektiver Teilnahme von Basisorganisationen an der Entscheidungsfindung.

vgl. PND v. 27.11.89 u. 5.2.90

## Aquinos Autonomie-Angebote abgelehnt

Nachdem bereits im November 1989 das Autonomie-Angebot der Aquino-Regierung an Moslem-Mindanao mehrheitlich abgelehnt worden war (s. SOAI 4/89), kam es bei der Abstimmung in den Kordilleren-Provinzen (29.1.90) zu einem eindrucksvollen Erfolg der Ablehnungsfront in drei der fünf betroffenen Provinzen. In der Mountain-Province gab es eine knappe Entscheidung zugunsten der Ablehnung. Lediglich in der Provinz Ifugao mit der bekannten Banaue-Region stimmte eine knappe Mehrheit für Aquinos "Organic Act". Der Ausgang des Plebiszits ist mit der Entscheidung in Mindanao vergleichbar, wie auf einer gemeinsamen Aktion der Gegner der "Autonomie von oben" an der Mendiola-Brücke in der Nähe des Malacanang-Palastes zum Ausdruck gebracht wurde. Cordillera People's Alliance (CPA) und KITAB (Koalition von gesellschaftspolitisch aktiven NGOs auf Mindanao) vertraten, daß es keine wirkliche Autonomie ohne Konsultation der Betroffenen geben kann: "Autonomie kann nicht gewährt, sie muß von unten erkämpft werden".

Neben den politischen Konsequenzen, die sich aus den Abstimmungen ergeben, scheint eine Autonomie unter diesen Bedingungen nicht durchführbar zu sein. Man kann sich keine autonomen Regionen in den wenigen Provinzen (vier in Mindanao und eine in den Kordilleren) vorstellen, die Aquinos Modell akzeptiert haben.

vgl. FEER v. 7.12.89 u. 15.2.90; NM v. 24.1.90; PND v. 19.2.90



## Cojuangco fordert Aquino heraus

Nicht nur seine unbemerkte und dubiose Rückkehr auf die Philippinen eine Woche vor dem mißglückten Dezember-Putsch stellt einen Affront für Corazon Aquino dar, viel gravierender ist die Aussicht, daß sich Eduardo "Danding" Cojuangco in das Rennen um die Präsidentschaft von 1992 einreihet. Die Chancen für den einstigen engen Vertrauten von Ferdinand Marcos und Cousin von Frau Aquino sind nicht schlecht. Sein immenser Reichtum, seine vielfältigen Verbindungen zur Geschäftswelt, Politik und zum Großgrundbesitz in den Philippinen, sein politisches Standbein in der Provinz Tarlac, die funktionstüchtige Maschinerie der alten Marcos-Partei KBL und vor allem das schlechte Bild, das Frau Aquinos Regierung zur Zeit bietet, geben gute Aussichten für eine aussichtsreiche Kandidatur. Er selbst hält sich noch zurück, insbesondere weil ihn eine Reihe von Gerichtsverfahren wegen Veruntreuung und Diebstahl öffentlicher Mittel, Erpressung, Bestechung, Unterschlagung, Korruption und Machtmißbrauch erwartet. Präsidentin Aquino beeilte sich, die zuständigen Stellen anzuweisen, diese Delikte möglichst rasch zur Anklage zu bringen, um aus einer evtl. Verurteilung Vorteile zu ziehen. Sie beschuldigte ihren Cousin ganz offen, mit dem Putschversuch vom Dezember in Verbindung zu stehen. Cojuangco reagierte gelassen, obwohl große Teile seines Firmenimperiums beschlagnahmt wurden. Seine Anwesenheit auf den Philippinen ist bereits eine Herausforderung für Frau Aquino, da seine bisherige Karriere Stärke und Durchsetzungskraft demonstriert haben. "Jeder außer Cory", setzt sich als Stimme des Volkes immer stärker durch, oder wie eine Senator orakelte: "Kommt er nicht durchs Militär um, wird er 1992 Präsident, so oder so."

vgl. *Int. Herald Trib.* v. 6.12.89; *FEER* v. 7.12.89, 11.1.u. 8.2.90; *AW* v. 8.12.89

## Gesetzesinitiative gegen den Heiratshandel

Zur Zeit wird im Repräsentantenhaus als Antwort auf zunehmende Aktivitäten skrupelloser Heiratsvermittler in Übersee eine Gesetzesvorlage (HB 25492) beraten, die darauf abzielt "Praktiken, die aus der Katalogbrautvermittlung profitieren", zu unterbinden und zu bestrafen. Das "Anti-Versandbrautgeschäft von 1989" ist die allgemeiner gefaßte Repräsentantenhaus-

bar sein, wenn eine natürliche oder juristische Person, eine Vereinigung, ein Club oder andere Einrichtungen sich folgende Verstöße zu Schulden kommen läßt:

1. Ein Geschäft mit dem Ziel gründet oder führt, Filipinas mit Männern anderer Nationalität zu verheiraten, sei es durch "Versandbrautgeschäfte" oder durch persönliche Kontaktaufnahme;



Quelle: Proceedings: GABRIELA Third National Congress 1986

version der Senatsvorlage SB 149, die bereits im Juni 1989 vom Senat verabschiedet wurde.

Die Gesetzesvorlage enthält u.a. folgende allgemeine Bestimmungen, "das Wohl, die Würde und Entwicklungsmöglichkeit der Frau zu fördern" und ihre "Glaubwürdigkeit und ihr gutes Image wiederherzustellen". Die Rechte der in Übersee lebenden philippinischen Bürger müssen "gemäß allgemein anerkannter Regelungen des Internationalen Rechts und sonstiger vertraglicher Vereinbarungen" geschützt werden. Das Strafmaß bei Verstoß gegen das Gesetz soll auf 10.000 - 50.000 Pesos (715,- bis 3.600 DM) und eine Inhaftierung von sechs bis zwölf Jahren festgesetzt werden.

Die Gesetzesvorlage des Senats (SB 149) enthält konkretere Bestimmungen, sieht aber ein geringeres Strafmaß von sechs bis acht Jahren Gefängnisstrafe und 8.000 bis 20.000 Pesos (580,- bis 1.430,- DM) Geldstrafe vor.

Danach soll es künftig straf-

2. Eine Anzeige, eine Publikation oder Broschüre veröffentlicht, druckt, verteilt oder anderweitig o.g. Geschäftsabwicklung fördert;

3. Philippinische Frauen überredet, anwirbt oder in anderer Form dazu bewegt, Mitglied in einem Club oder einer Vereinigung zu werden, die gewerblich die Vermittlung von Filipinas an Männer anderer Nationalität betreiben;

4. Den Postweg benutzt, um o.g. Geschäftspraktiken abzuwickeln.

Der Senat hält es darüber hinaus für gesetzeswidrig, wenn "Geschäftsführer, diensthabende Beamte oder Werbemanager einer Zeitung, eines Magazins, von Fernseh-, Radiostationen oder anderen Medien, von Werbeagenturen, Druckereien oder ähnlichen Einrichtungen, wissentlich der "Propagierung des Heiratshandels" zustimmen.

Die beiden Gesetzesvorlagen werden nach Aussagen des Abgeordneten Carlos Lacson, des Vorsitzenden des Komitees für Soziale Dienste im Repräsentantenhaus, noch

in diesem Jahr konsolidiert und verabschiedet werden. Lacson betonte, daß diese Gesetzesinitiativen konkrete Schritte zur Einschränkung der Tätigkeitsbereiche fragwürdiger Heiratsagenturen auf den Philippinen einleiten wird, auch wenn zugestandenermaßen der Versandbrauthandel ein Auswuchs tieferliegender struktureller Probleme ist, die so lange nicht gelöst werden können, wie noch Armut im Land existiert.

Einige Nicht-Regierungs-Organisationen sind allerdings skeptisch hinsichtlich der Umsetzbarkeit dieser Gesetze. So legte z.B. das Zentrum für solidarischen Tourismus (CST), eine Gruppe, die Fehlentwicklungen des Tourismus wie z.B. Prostitution oder den Heiratshandel untersucht, dar, daß meist im Ausland ansässige Heiratsagenturen Filipinas durch legale juristische Personen wie Arbeitsvermittlungsgagenturen oder Reiseunternehmen in Manila rekrutieren, was ein Aufzeigen und Erfassen ihrer illegalen Praktiken unmöglich macht. In einem Positionspapier, das CST kürzlich dem Komitee für Soziale Dienste übergeben hat, unterstreicht es die Notwendigkeit von Durchführungsbestimmungen, "rules and regulations deemed as scientifically feasible under the country's prevailing socio-economic conditions", ohne die die Gesetzesmaßnahmen erfolglos bleiben werden. vgl. *House Bill Nr. 25492 o.D.*; *Senate Bill Nr. 149 v. 5.6.89*; *CST Position Paper v. 31.1.90*